

Rede zum Gedenken an die am 4. Juli 1933 in Rieseberg Ermordeten.

Gabriele Heinen-Kljajić, 04.07.2024

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs wird an diesem Ort der Opfer gedacht, die hier am 4. Juli 1933 von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Dass dieses Gedenken auch 91 Jahre nach den Morden niemals zum bloßen Ritual werden darf, machen die dramatischen politischen Entwicklungen in Deutschland und Europa deutlicher denn je. Rechte Gewalt und Einschüchterung gehören in Deutschland wieder zum Alltag. Rassistische, islamfeindliche und (vor allem seit dem 7. Oktober) antisemitische Vorfälle nehmen in rasantem Tempo zu. Demokratiefeindliche Ansichten sind inzwischen auch in bürgerlichen Kreisen wieder salonfähig.

Die Ursachen für diesen Rechtsruck sind komplex und ganz sicher nicht monokausal. Aber eines wird an einem Gedenktag wie diesem deutlich: Die deutsche Erinnerungskultur - als öffentliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus – hat ihn nicht verhindern können. Deshalb sollten wir die aktuellen Entwicklungen zum Anlass nehmen, zu einer neuen Praxis des Erinnerns zu finden. Und dabei scheint es ratsam, Personen, Ereignisse und Aspekte, die im Erinnerungsmainstream bis heute eher verdrängt werden, stärker in den Blick zu nehmen.

Angesichts einer zunehmenden Hilflosigkeit gegenüber dem ungebrochenen Zulauf der Rechtsextremisten, ist es wichtig, den Menschen aufzuzeigen, dass jede und jeder von uns zivilgesellschaftlich Stellung gegen Extremismus und Antisemitismus beziehen kann. Man muss keine hochrangige Position bekleiden, um den Demokratiefeinden die Stirn zu bieten. Aber genau hier hat die offizielle westdeutsche Erzählung zur NS-Vergangenheit, die bis heute die Basis unserer Erinnerungskultur ist, weiße Flecken.

Das Gedenken in Rieseberg ist da eine verdienstvolle Ausnahme. Denn der zivile Widerstand, der damals ein linker, häufig kommunistischer Widerstand der einfachen Arbeiter*innen war, der wurde selten erwähnt. In der öffentlichen Aufmerksamkeit deutscher Erinnerungskultur ist die Arbeiterbewegung von weit prominenteren Protagonisten an den Rand des Geschichtsrads gedrängt worden, darunter ranghohe Wehrmachtsoffiziere mit NSDAP Parteibuch, die erst angesichts der Ausweglosigkeit des Krieges, 50 Mio. Tote später, in den Widerstand gingen.

Vor diesem Hintergrund bietet die alljährliche Gedenkveranstaltung in Rieseberg eine unverzichtbare Perspektive auf die NS-Geschichte. Dabei ist es wichtig, dass wir der Ermordeten nicht nur als Opfer gedenken, sondern ihre entschlossene Gegenwehr gegen das Erstarken der Faschisten würdigen. Sie waren Gewerkschafter, Betriebsräte, Studenten, einfache Leute, die für ihre politische Überzeugung eintraten. Aber vor allem waren sie Bürger, die Zivilcourage zeigten und sich dem NS-Terror in den Weg stellten. Viele Männer und Frauen der Arbeiterbewegung haben die Gefahren einer NS-Diktatur früh benannt und schon vor 33 Widerstand gegen die Nationalsozialisten geleistet, und dafür mit ihrem Leben bezahlt. Deshalb sind es Menschen wie die Ermordeten von Rieseberg, die heute mehr denn je ins Zentrum des öffentlichen Erinnerns und historischen Lernens gehören. Eine

Neuausrichtung der Erinnerungskultur, ein Überdenken der Leitlinien historisch-politischer Bildung scheint dringender denn je – denn wir stehen wieder vor einem Kipppunkt. Wir haben einst unsere Eltern und Großeltern gefragt, was habt ihr getan, um dem Nazi-Terror Einhalt zu gebieten. Heute müssen wir uns diese Frage selbst stellen: was tun wir, um den rechtsradikalen Wahnsinn zu stoppen?

Auch wenn Vergleiche zwischen der aktuellen politischen Situation mit der Zeit vor 33 gewaltig hinken, so taugen einzelne Stränge der Geschichte als Schablone, um unser heutiges politisches Handeln zu reflektieren und einzuordnen. Mehr noch, erst wenn wir aus der Betroffenheit über die monströsen Verbrechen der NS-Diktatur heraustreten und uns die Frage stellen, wie verhält sich mein politisches oder gesellschaftliches Handeln heute zum historischen Wissen, erst dann findet „Lernen aus der Geschichte“ statt. Der entscheidende Punkt ist: damals wie heute ist der gleichermaßen beängstigende wie unfassbare Zuwachs der Rechtsextremen nicht vom Himmel gefallen. Vor allem seit der Wiedervereinigung war das, was sich da an völkisch, fremdenfeindlicher brauner Sauce und rechtsextremistischer Gewaltbereitschaft in unserem Land zusammenbraute, unübersehbar. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen, Halle und Hanau, trotz all dieser Anschläge und trotz der jahrelang nicht aufgedeckten Mordserie des NSU, wurde der Rechtsextremismus in unserem Land kleingeredet und von unseren Sicherheitsbehörden bagatellisiert. Die rechtsextreme Szene konnte sich jahrelang ungestört organisieren, sich vernetzen und strategisch wichtige Organe wie Polizei, Verfassungsschutz und Bundeswehr unterwandern. Heute sind wir längst an dem Punkt angekommen, an dem Rechtsextremisten unmaskiert um Anhänger*innen buhlen können, ob im Netz, in Parlamenten oder in den Medien. Und das wirklich erschreckende ist, je offensichtlicher die Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Szene wird und je unverhohlener in der AFD Nazi-Ideologie propagiert wird, umso größer scheint der Zuspruch in Teilen der Gesellschaft zu werden.

Deshalb müssen wir uns an einem Gedenktag wie heute die Frage stellen, was ist da schiefgelaufen, im Geschichtsunterricht an unseren Schulen, in der Erwachsenenbildung, bei unseren Gedenkveranstaltungen und in unseren Gedenkstätten? Warum wurde so lange weggeschaut? Warum hat die große Mehrheit in Politik und Gesellschaft die Alarmglocken nicht gehört, wo wir doch vermeintliche Weltmeister der Erinnerungskultur und des Lernens aus der Geschichte sind? Ein Problem dürfte in der Perspektive liegen, die beim Erinnern eingenommen wird. Es wurde immer nur in eine Richtung geschaut, nämlich zurück. Wenn es ein Versäumnis der Erinnerungskultur als öffentlicher Aufgabe gibt, dann ist es die Tendenz zum selbstgenügsamen Blick auf ein düsteres, aber eben abgeschlossenes Kapitel deutscher Geschichte, der suggerierte, jetzt gelte es nur noch, den Status quo zu halten. In der Politik wie in der Gesellschaft beschränkte sich der Gegenwartstransfer der letzten Jahrzehnte allzu häufig auf ein ritualisiertes „Nie wieder“. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ bezog sich nach herrschender Lesart allzu oft auf ein vermeintlich in sich abgeschlossenes historisches Phänomen - die Jahre 1933 bis 1945. So als sei die Generation unserer Großeltern im März 33 ohne Vorwarnung in der Hölle aufgewacht und nach 45 in den

sicheren und moralisch sauberen Hafen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingefahren.

Auch das Deutungsmuster der „Befreiung vom Nationalsozialismus“, das Richard von Weizsäcker zum 40sten Jahrestag der Beendigung von Krieg und NS-Diktatur in den offiziellen Sprachgebrauch einföhrte, ist zwar ohne Zweifel historisch korrekt, und löste im Erinnerungs-Mainstream endlich den Mythos eines von Zerstörung, Not und Vertreibung geschundenen Deutschlands ab, aber man konnte sich auch hier entspannt einrichten in der Illusion, das Böse sei entsorgt. Selbst der offizielle Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, der 27. Januar, der an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erinnert, passt ins Muster. Es hat nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur beschämende 51 Jahre gedauert, bis er eingeföhrt wurde. Sondern auch hier steht nicht die Täterschaft, sondern die Befreiung im Fokus.

Um nicht falsch verstanden zu werden, die „Erinnerungskultur“ in Deutschland ist in vielen Bereichen beispielhaft und verdient selbstverständlich überall dort Anerkennung, wo sie mit großem zivilgesellschaftlichem Engagement und gegen Widerstände vor Ort NS-Verbrechen sichtbar gemacht und dokumentiert hat. Die Einsicht, dass eine ganze Gesellschaft Schuld auf sich geladen hat, nicht nur Einzelne an der Spitze des Staates, ist ebenfalls ihr Verdienst. Aber breite gesellschaftliche Debatten darüber, welche Lehren wir aus der NS-Vergangenheit ziehen, und vor allem wie diese Lehren auf jeweils aktuelles politisches Handeln anzuwenden sind, das ist immer ein Nischenthema geblieben. Und so ist es offensichtlich nicht in hinreichendem Maße gelungen, aus der Erzeugung von Betroffenheit über die NS-Verbrechen, eine ins Positive gewendete Orientierung für politisches und gesellschaftliches Handeln von heute zu schaffen. Gedenken ist viel zu oft zum Ritual der moralischen Reinwaschung geworden. Max Czollek spricht zurecht, wenn auch zugespitzt, von einem „Versöhnungstheater“. Wir sind geläutert und stehen wieder auf der Seite der Guten, soll die Botschaft sein. Die aktuellen Wahlergebnisse zeigen aber, dass das nur die halbe Wahrheit ist.

Eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte sieht jedenfalls anders aus. Es wird höchste Zeit, die Kontinuitäten der NS-Ideologie vor 33 bis in die Gegenwart in unseren Gedenkstätten und an Gedenktagen zum Gegenstand der historisch-politischen Bildung zu machen. Denn nur wenn wir Ursachen, Mechanismen und Begleiterscheinungen des Anwachsens von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus früh erkennen und benennen, bleibt Demokratie wehrhaft. Faktisch konnte sich im Windschatten einer Schuldanerkennung für die Gräueltaten der Vergangenheit, die auf die Generation unserer Eltern und Großeltern begrenzt blieb, ein Bodensatz an rassistischen und demokratiefeindlichen Einstellungen in unserer Gesellschaft halten. Und dieser Bodensatz war nicht mal schwer zu erkennen. Seit Jahrzehnten wird er durch Meinungsumfragen belegt.

Ein weiteres Versäumnis der vorherrschenden Erinnerungskultur, scheint die weitgehende Reduktion der Erzählung zur NS-Geschichte auf Gewaltverbrechen

– auf Verfolgung, Folter, Mord und Krieg zu sein. Die Auseinandersetzung mit einer der gefährlichsten Waffen der Nationalsozialisten, ihre Rhetorik und ihre Propagandalügen, verlässt nur selten akademische Zirkel. Und das hat Folgen. So erleben wir in Politik und Medien, quer durch das demokratische Partienspektrum, immer wieder Anwandlungen, mit stigmatisierender Rhetorik, die rechten Ränder der Gesellschaft zu bedienen. Und das passiert oft, ohne dass ein großer Aufschrei durchs Land ginge, obwohl damit Wasser auf die Mühlen derer gegossen, die man angeblich schwächen will. So hat die unsägliche, regelmäßig wiederkehrende Leitkultur-Debatte, völkisches Denken in Deutschland erst wieder salonfähig gemacht. Im offiziellen Amtsdeutsch und in den Medien wird im Kontext rassistischer Übergriffe immer noch von „Fremdenfeindlichkeit“ gesprochen. Auch hier scheint die regressiv autoritäre Haltung vom völkischen „Wir und die Fremden“ durch. Warum diese Referenzen an das Konstrukt des „Fremdseins? Warum diese euphemistische Umschreibung von Rassismus? Das Gerede vom Rechtsbruch in der Flüchtlingspolitik, den Angela Merkel angeblich im Sommer 2015 begangen haben soll, hat rechtspopulistische Einstellungen in großem Stil in die Mitte der Gesellschaft gespült. Wenn von Geflüchteten die Rede ist, ist inzwischen in der Politik der Begriff der „illegalen oder irregulären Einwanderung“ salonfähig. Dabei ist das Asylrecht ein Grundrecht, das vor 75 Jahren explizit als eine der Lehren aus der NS-Diktatur ins Grundgesetz aufgenommen wurde. Und es gäbe noch viele weitere Beispiele anzuführen.

Fest steht jedenfalls, je häufiger rechtspopulistischem Druck nachgegeben wird und je mehr versucht wird, rhetorische Muster der Rechtspopulisten zu kopieren, desto schneller rücken wir den Rechtsextremismus und seine gefährlichen Parolen in die Mitte der Gesellschaft. Abgrenzung von den Nazis, Haltung zeigen und die unverhandelbare Verteidigung der Menschenrechte sind die einzige Alternative. Aber die Lernkurve aus den Lehren der NS-Diktatur, fällt an diesem Punkt in der Realität leider erschreckend ab.

Wenn Erinnerungskultur zur Demokratie- und Menschenrechtserziehung werden will, dann darf sie nicht auf Betroffenheit und Appelle reduziert bleiben. Sie muss aktivierend und handlungsorientiert sein. Sie muss raus aus der Fixierung auf Täter und Opfer. Sie muss die Mechanismen des Mitläufertums in den Blick nehmen. Und sie muss sich mit den Erfahrungen des politischen und zivilgesellschaftlichen Widerstands gegen den Faschismus, auch jenseits der Jahre 33 bis 45, auseinandersetzen. Die Demokratie wird nicht nur in Parlamenten und vor Gericht verteidigt, sondern vor allem im Alltag, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder im Verein, wo jede und jeder von uns gegen rechtspopulistische Meinungen Stellung beziehen kann, statt wegzuhören.

Und hier schließt sich der Kreis zu den in Rieseberg Ermordeten. Der Durchmarsch der Faschisten ist kein Naturgesetz. Der in bürgerlichen Kreisen gepflegte Mythos der Wehrlosigkeit „man konnte nichts tun“, bestimmte über Jahrzehnte den Diskurs in Familien oder Schulen. Er gibt ein verzerrtes Bild wieder, weil er die Zeit vor 33 geflissentlich ausklammert. Und deshalb sollten wir in unseren Gedenkstätten viel häufiger an die erinnern, die sich vor Ort gegen das Erstarken der Faschisten wehrten, die sich den Befehlen der Nazis widersetzten, die in einem

entmenslichten System Menschlichkeit zeigten. Kurzum: Die Erziehung zum Widerstand gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Autoritarismus sollte zum Kern unserer Erinnerungsarbeit gehören.

Und zu guter Letzt, auch das ist eine Lehre aus der Geschichte: Das gemeinsame Aufstehen aller Demokrat*innen, die sich Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten verpflichtet fühlen, (auch jenseits parteipolitischer Differenzen) ist die wirksamste Waffe gegen das weitere Erstarken des Rechtsextremismus. Noch sind wir in der Mehrheit, noch ist es nicht zu spät.

Das Gedenken an die Ermordeten von Rieseberg mahnt uns, nicht tatenlos zuzusehen, wenn Rechtsextremisten sich unserer Demokratie bemächtigen wollen. Deshalb ehren wir sie am heutigen Tag, stellvertretend für die vielen, die sich dem faschistischen Wahnsinn in den Weg stellten und dafür mit ihrem Leben zahlten.